



## Inhalt

[Bundesweiter Aktionstag der DSTG: „Starke Steuerverwaltung – faire Bezahlung!“](#) +++

[Landesbeschäftigte machen Druck – Warnstreiks bundesweit ausgeweitet](#) +++

[Dauderstädt: Renten- und Steuerreformen sind Sache der Einzelstaaten](#) +++

[Equal Pay Day: Lühmann für echte Gleichberechtigung](#) +++

[dbb: Es fehlen über 1.000 Lebensmittelkontrolleure](#)+++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW-Vorschläge: Einnahmen verbessern statt Griff ins Portemonnaie der Beschäftigten](#) +++

[dbb rheinland-pfalz mahnt verfassungskonforme Besoldung an](#) +++

[Dienstrechtsreform - Beamte in NRW warten auf positives Signal](#) +++

[komba: Geldspritzen für angeschlagene Krankenhäuser reichen nicht aus](#) +++

[DPVKOM hält Gründung eines Arbeitgeberverbandes für](#)

[Call-Center-Branche für überfällig](#) +++

[DPoIG: Luftsicherheit gehört in staatliche Hand](#) +++

[VBE: Gute Schule braucht Kooperation über Ländergrenzen hinweg](#) +++

[Meidinger: Sitzenbleiben für viele Schüler eine Chance auf Abschluss](#) +++

[VDR warnt vor Aufweichung der Qualität von Bildungsabschlüssen](#) +++

## Namen und Nachrichten +++

aktuell

## Bundesweiter Aktionstag der DSTG: „Starke Steuerverwaltung – faire Bezahlung!“

**(dbb)** Zu einem bundesweiten Aktionstag im Rahmen der Einkommensrunde 2013 hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) ihre Mitglieder aufgerufen. Nachdem die Arbeitgeber auch in der zweiten Runde der Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder ein Angebot verweigert hatten, wollten die Beschäftigten am 28. Februar 2013 mit ihren Aktionen vor den Finanzämtern den Forderungen von dbb und DSTG Nachdruck verleihen und den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen. Der Aktionstag stand unter dem Motto „Starke Steuerverwaltung – faire Bezahlung!“. Nach Angaben der DSTG schlossen sich tausende Kolleginnen und Kollegen an, informierten die Öffentlichkeit über ihre Forderungen und warben um Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger.

„Ohne Steuereinnahmen wären keine staatlichen Leistungen verfügbar“; machte der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler zum Auftakt des Aktionstages noch einmal deutlich. „Denn die Beschäftigten in den Finanzverwaltungen sorgen als die staatliche Einnahmeverwaltung für einen gesetzmäßigen und gerechten Steuervollzug.“ Im Jahr 2012 wurden rund 550 Milliarden Euro Steuern erhoben und festgesetzt, so Eigenthaler. „Dies kann nur mit motiviertem und gut ausgebildetem Personal geleistet werden. Immer noch entgehen dem deutschen Staat jährlich rund 30 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung, weil bundesweit rund 11.000 Kol-

leginnen und Kollegen in den Finanzämtern fehlen. Dabei würden diese Einnahmen dringend gebraucht, beispielsweise für den Ausbau von Kindertagesstätten, die Modernisierung von Schulen und die Beseitigung von Straßenschäden.“

In der dritten Verhandlungsrunde (7. / 8. März in Potsdam) müsse die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) endlich ein abschlussfähiges Angebot vorlegen, forderte Eigenthaler. Sonst werde nicht nur die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gefährdet, sondern auch die Qualität der staatlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.  
(01/08/13)

## Landesbeschäftigte machen Druck – Warnstreiks bundesweit ausgeweitet

**(dbb)** Vor der dritten Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder haben die Beschäftigten den Druck auf die Arbeitgeber erhöht, ihre Warnstreiks ausgeweitet und auf Protestkundgebungen ihre Forderungen in der Einkommensrunde nachdrücklich bekräftigt.

Der dbb-Verhandlungsführer Willi Russ hatte dies im Vorfeld angekündigt. „Was wir bisher gemacht haben, war da nur ein Vorgeschmack, sozusagen die Vorwärmphase“, sagte Russ dem Magazin „Focus“ (Ausgabe vom 25. Februar 2013). Dass die Arbeitgeber weiter kein Angebot vorgelegt hätten, sei ein Signal mangelnder Wertschätzung. „Das werden wir Anfang März mit schmerzhaften Warnstreiks im ganzen Land.“

„Unsere Kollegen von der Politesse in Berlin bis zum Beschäftigten in der bayerischen Steuerverwaltung sind verärgert“, konstatierte Russ. „Da müssen sich die Arbeitgeber auf einiges gefasst machen.“ An den Unikliniken - vor

allem in Nordrhein-Westfalen - werde es größere Ausstände geben, an vielen Schulen der Unterricht ausfallen und beim Winterdienst „nicht die gewohnte Qualität, sondern nur Notdienstniveau“ geben.

So machten am 25. Februar in **Schwerin** 2.000 Beschäftigte aus Mecklenburg – Vorpommern ihrem Unmut Luft. „Wir sind verärgert und enttäuscht“, sagte der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, auf der Kundgebung vor dem Schweriner Schloss. „Die Forderung nach 6,5 Prozent ist keineswegs abgehoben. Sie folgt dem Bedarf. Schließlich müssen auch die Menschen im öffentlichen Dienst ihre laufenden

Kosten decken.“ Es gehe aber nicht nur um Geld. „Es geht auch um die Wertschätzung der Arbeit der Menschen im öffentlichen Dienst. Es geht um die Aufrechterhaltung und Sicherung öffentlicher Dienstleistungen, und es geht nicht zuletzt um Gerechtigkeit.“

In **Düsseldorf** richtete die dbb jugend nrw am selben Tag eine 24-stündige Mahnwache vor der Staatskanzlei ein. Für sie stehe besonders das Thema „Übernahme“ im Mittelpunkt, machten die jungen Leute deutlich. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft werde ihrer Verantwortung nicht gerecht, die Jugendlichen in den Landesverwaltungen nicht nur ausbilden zu lassen, sondern sie auch darüber hinaus zu beschäftigen.

Dem gemeinsamen Aufruf zum Warnstreik in **Hamburg** am 26. Februar folgten mehr als 4.000 Beschäftigte und gingen zu einem Protestmarsch und Kundgebungen auf die Straße, so dass das öffentliche Leben in der Hamburger City für Stunden lahmgelegt war. Der dbb-Landesvorsitzende Rudolf Klüver ging hart mit der Arbeitgeberseite ins Gericht: Wer beispielsweise bei der Elbphilharmonie Millionen verbrennt und andererseits den Gewerkschaften unverantwortliche Forderungen unterstellt, selbst aber kein Angebot vorlegt, der werde nicht nur unglaublich, sondern verliere auch das Vertrauen in der Bevölkerung, sagte er. Klüver warnte in seiner Rede: „Hier geht es auch um die nackte Existenz von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, denn insbesondere die niedrigen Entgeltgruppen bewegen sich bereits am Limit des sozial verträglichen“. Der

Hamburger dbb-Landesstreikleiter Michael Adomat (DPoIG) warf den Arbeitgebern eine Betonkopf-Mentalität vor, die Warnstreiks und weitere Aktionen notwendig mache.

Auch in Thüringen untermauerten am 27. Februar Landesdienstbeschäftigte ihre Forderungen mit landesweiten Warnstreiks und Protestkundgebungen. Betroffen waren vor allem Landesverwaltungen, Autobahn- und Straßenmeistereien und Schulen. Gemeinsam appellierten sie an Landesfinanzminister Voss, sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für die Vorlage eines verhandlungsfähigen Angebots in der Verhandlungsrunde am 7. März 2013 in Potsdam stark zu machen. „Für Krankenschwestern und Straßenwärter sind 6,5 Prozent mehr Einkommen und eine soziale Komponente ganz wichtig, weil das Leben immer teurer wird. Lehrerinnen und Lehrer wollen endlich eine Eingruppierung für ihre Tätigkeit, Auszubildende verlässliche Übernahmeregelungen. Steuer-, Polizei- und Kommunalbeamte erwarten eine Übertragung des linearen Tarifergebnisses“, sagte der tbb-Landesvorsitzende Helmut Liebermann in **Erfurt**. Die Einkommen im öffentlichen Dienst der Länder dürften nicht hinter denen bei Bund und Kommunen zurückbleiben.

Die Warnstreiks und Proteste werden bis zu den Verhandlungen in Potsdam weitergehen. Geplant sind unter anderem Aktionen in Mainz, Nürnberg, Dresden, Leipzig, Kiel, Stuttgart, Hannover, Wiesbaden, Düsseldorf, Chemnitz und Potsdam.  
(02/08/13)

## Dauderstädt: Renten- und Steuerreformen sind Sache der Einzelstaaten

**(dbb) „Die Alterssicherung ist Sache der Mitgliedstaaten und nicht der Europäischen Kommission“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 26. Februar in Reaktion auf eine Brüsseler Rede László Andors. Der für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zuständige EU-Kommissar hatte in einer Rede über Rentenreformen gesprochen, die aus Sicht der Kommission in den Mitgliedstaaten notwendig seien. „Die Kommission sollte sich darauf konzentrieren, den europäischen Bankenmarkt in Ordnung zu bringen. Ausflüge in die Rentenpolitik schaffen kein Vertrauen“, so der dbb Chef.**

„Die Kommission nimmt offensichtlich alle Säulen der Alterssicherung in den Blick. Sie sieht sich aufgrund der europäischen Finanz- und Schuldenkrise und der in vielen EU-Staaten grassierenden Wirtschafts- und Sozialkrise in

der Verantwortung, die Mitgliedstaaten zu Strukturreformen anzuhalten. Sie übersieht dabei aber, dass es hierzu einer politischen Legitimation bedarf, die es auf Ebene der Mitgliedstaaten zu erbringen gilt“, erklärte Dau-

derstädt in Berlin. „Renten- und Steuerreformen sind Sache der einzelstaatlichen Parlamente.“

Mit Sorge beobachte der dbb, dass die Europäische Kommission sich immer detaillierter zu grundlegenden sozialpolitischen Fragen äußert. „Ich halte das für keine gute Entwicklung. Denn wir brauchen starke und handlungsfähige

Institutionen in Europa. Diese Politik bewirkt aber das genaue Gegenteil. Die Menschen wollen nicht, dass Brüssel darüber entscheidet, wann sie in den Ruhestand gehen können, oder ob und in welcher Höhe ihre private Rentenversicherung steuerlich begünstigt wird.“  
(03/08/13)

## Equal Pay Day: Lühmann für echte Gleichberechtigung

**(dbb) „Jahr für Jahr zeigt der europäische Equal Pay Day die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt Europas. Jahr für Jahr wird auch Besserung gelobt. Doch wenn die Entwicklung in derselben Geschwindigkeit weitergeht, wird es noch mehrere Generationen dauern, bis das Ziel gleicher Bezahlung endlich erreicht ist“, sagte Kirsten Lühmann anlässlich des diesjährigen europäischen Equal Pay Day am 28. Februar in Berlin. 59 Tage, gerechnet vom Jahresbeginn, müssten Frauen dieses Jahr statistisch betrachtet mehr arbeiten, um auf dasselbe Gehaltsniveau wie Männer zu kommen.**

„Der Grundsatz der gleichen Bezahlung für Männer und Frauen ist schon seit 1957 Bestandteil der Römischen Verträge und aller Folgeabkommen. Augenscheinlich ist trotzdem sehr wenig passiert“, bekräftigt die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Präsidentin der CESI Frauenrechtskommission FEMM deshalb ihre Forderung nach weiteren gesetzlichen Regelungen. So müssten in den meisten Ländern Europas noch die Frauen, die sich auf das Antidiskriminierungsgesetz berufen, beweisen, dass ihr Lohn diskriminierend ist. „Wie sollen sie das tun, wenn, wie leider noch oft

der Fall, kein Tarifvertrag besteht oder die Lohn- und Gehaltsstrukturen unter das Betriebsgeheimnis fällt? Hier haben sie keine Chance“, so Lühmann. Sie fordert deshalb eine Umkehr der Beweislast. „Dann müssten die Arbeitgebenden – denen alle Daten dazu zur Verfügung stehen – nachweisen, dass sie den Grundsatz von Equal Pay einhalten. Das wäre der richtige Weg.“ Durchschnittlich verdienen Frauen in Europa 16,2 Prozent weniger als Männer. In Deutschland liegt der Unterschied bei 22,3 Prozent.  
(04/08/13)

## dbb: Es fehlen über 1.000 Lebensmittelkontrolleure

**(dbb) Der dbb hat angesichts des neuen Lebensmittelskandals die Einstellung von mehr Kontrolleuren gefordert. „Wir müssen in Deutschland den Kontrolldruck bei der Lebensmittelsicherheit deutlich erhöhen“, sagte dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt am 25. Februar 2013 der Nachrichtenagentur dpa. „Uns fehlen schon jetzt über 1.000 Lebensmittelkontrolleure, und auch in diesem Bereich ist der öffentliche Dienst überaltert und unterbesetzt.“**

Auf einen Lebensmittelkontrolleur kämen inzwischen 1.000 Betriebe. Dauderstädt: „Da können weder die Fertigprodukte in Supermärkten noch die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft wirkungsvoll kontrolliert werden.“ Das Problem werde sich in den nächsten Jahren noch massiv verschärfen, wenn Bund und Länder nicht umgehend für eine sachgerechte Mittel- und Personalausstattung sorgen. Dauderstädt: „Wir haben hier

kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit.“

Der Bürger frage sich zu Recht, welcher Bereich nach dem Pferdefleisch- und Eierskandal als nächstes dran komme. „Milchprodukte? Nudeln? Oder gesundheitsschädliches Obst und Gemüse?“, fragte der dbb Chef.  
(05/08/13)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **BBW-Vorschläge: Einnahmen verbessern statt Griff ins Portemonnaie der Beschäftigten**

**(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die grün-rote baden-württembergische Landesregierung aufgefordert, endlich den einseitigen Sparkurs zu Lasten der öffentlich Beschäftigten zu verlassen. Zur Konsolidierung des Landeshaushalts seien Maßnahmen sinnvoller und effektiver, die auf eine Optimierung der Verwaltungsabläufe zielten und zusätzliches Geld in die Haushaltskasse spülten, erklärte BBW-Landesvorsitzender Volker Stich am 20. Februar 2013 in Stuttgart.**

Mehr Geld für das Land verspricht sich der BBW durch eine schnelle und sinnvolle Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. „Wir fordern Regelungen, die sicherstellen, dass künftig nicht nur die Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden, sondern auch die Kosten für die Beschäftigten der Steuerverwaltung, die diese Einnahmen erwirtschaften“, sagte Stich vor der Landespressekonferenz bei der Vorstellung des Positionspapiers seiner Organisation zur Optimierung von Ausgaben und Einnahmen des Landes Baden-Württemberg. Zugleich forderte er die Landesregierung auf, die Steuerverwaltung personell so auszustatten, dass dem Staat keine Steuereinnahmen mehr verloren gehen.

Scharfe Kritik übte der BBW-Vorsitzende, der auch dbb Vize ist, an der Personalpolitik des Landes, die auf Stellenabbau ausgerichtet sei.

Zu Unrecht beklage die Landesregierung den hohen Personalkostenanteil am Landeshaushalt. Ein Großteil der Aufgaben des Landes seien personalintensive Dienstleistungen, die naturgemäß entsprechende Personalausgaben zur Folge hätten. Stellenstreichungen gingen immer zu Lasten der Qualität, unterstrich Stich.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann brachte im Gespräch mit Stich am 20. Februar zwar seine Wertschätzung gegenüber den Beamten zum Ausdruck, unterstrich bezüglich der Besoldungsanpassung aber erneut den harten Sparkurs. Die Aussagen von Finanzminister Nils Schmid am Folgetag zum selben Thema klangen zumindest verbindlicher: Noch seien alle Optionen offen, versicherte Schmid dem BBW-Vorsitzenden.  
(06/08/13)

### **dbb rheinland-pfalz mahnt verfassungskonforme Besoldung an**

**(dbb) Die vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossene Beschränkung der jährlichen Besoldungsanpassung für die Landes- und Kommunalbeamten auf ein Prozent für fünf Jahre verstößt gegen die Verfassung. Die Regelung muss deshalb baldmöglichst geändert werden. Diese gemeinsame Feststellung trafen die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, die sich am 20. Februar 2013 zu einem Gespräch trafen.**

Die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz, der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gerd Schreiner, und der innenpolitische Sprecher, Matthias Lammert, waren sich einig, dass trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes alle Maßnahmen vor der geltenden Verfassung Bestand haben müssen. Und diese bestimmt, dass die Beamtenbesoldung in einem tragbaren Verhältnis zur allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stehen muss. Die Einkommensent-

wicklung der Beschäftigten in Deutschland nehme längst einen ganz anderen Verlauf als die Beamtenbesoldung. Auch das Ergebnis der laufenden Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Länder müsse bei der Anpassung der Beamtenbesoldung berücksichtigt werden.

Auch in einem Gespräch mit der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen forderte der dbb rheinland-pfalz, die gesetzliche Ein-

Prozent-Deckelung von Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten zu korrigieren. Lenz forderte ein Umdenken der grünen Landtagsfraktion. „Der Gesetzgeber muss die Augen öffnen und erkennen, dass

sich die wirtschaftlichen Begleitumstände seit Konzeption und Verabschiedung des Deckelungsgesetzes wesentlich verändert haben.“  
(07/08/13)

## Dienstrechtsreform - Beamte in NRW warten auf positives Signal

**(dbb) Auf einer Expertenanhörung am 26. Februar 2013 vor dem Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags sowie dem Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung zur Dienstrechtsreform in Nordrhein-Westfalen haben Vertreter des DBB NRW deutlich gemacht, dass die Beamten im Land auf positive Signale warten.**

Für den nordrhein-westfälischen Beamtenbund nahmen der 2. Vorsitzende Roland Stauder und die stellvertretenden Vorsitzenden Guido Arens und Andreas Bartsch teil. Stauder sagte mit Blick auf die zögerliche Haltung der Politik in NRW bei der längst überfälligen Umsetzung der Dienstrechtsreform, dadurch seien „viele Chancen vertan worden“. Leider habe dadurch auch die Glaubwürdigkeit der Politik nachhaltig gelitten.

Das Dienstrechtsanpassungsgesetz, so Stauder, beschränke sich hinsichtlich des Änderungsbedarfs nur auf das unabwendbar Notwendige. Mit einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes und einer für die Nachwuchsgewinnung erforderlichen guten Qualität habe dies wenig zu tun.  
(08/08/13)

## komba: Geldspritzen für angeschlagene Krankenhäuser reichen nicht aus

**(dbb) Die komba gewerkschaft im dbb hat zwar die Forderung des Krankenhausgipfels der kommunalen Spitzenverbände nach schneller Finanzhilfe für die finanziell schwer „erkrankten“ kommunalen Kliniken begrüßt. Geldspritzen allein würden aber nicht zu einer „dauerhaften Genesung“ führen.**

Vielmehr sei ein Kurswechsel - weg von der lupenreinen Ökonomisierung des Gesundheitswesens, hin zu einer humanen Medizin und Pflege – unverzichtbar. Der komba-Bundesvorsitzende und dbb Vize Ulrich Silberbach sagte am 25. Februar 2013, die Ökonomisierung des Gesundheitswesens seit den 1990er Jahren habe die Krankenhäuser in die Krise geführt. „Nicht mehr medizinische oder pflegerische Maßgaben bestimmen die Gesundheitsversorgung, sondern auf allen Ebenen sind ökonomische Kennziffern alleine für fachliche Entscheidungen maßgeblich geworden.“ Man habe den Eindruck, Finanzma-

nager in Kliniken seien wichtiger als das ärztliche oder pflegerische Personal. Das System sei krank. Darin könne niemand gesund werden.

Nicht zuletzt die Reaktion der Politik (Stichwort Pflegeförderprogramm 2009-2011) auf den Protest von 130.000 Profis aus deutschen Krankenhäusern habe gezeigt, dass Finanzhilfen anstelle von grundlegenden Änderungen eines fehlgeleiteten Systems nur allzu schnell verpuffen und sowohl bei den Beschäftigten in Gesundheitsberufen als auch bei den Patienten nur Frust und Resignation erzeugen.  
(09/08/13)

## DPVKOM hält Gründung eines Arbeitgeberverbandes für Call-Center-Branche für überfällig

**(dbb) „Die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für die Call-Center-Branche ist längst überfällig. Wir brauchen diesen Arbeitgeberverband, um mit ihm tarifvertragliche Lohnuntergrenzen für die rund 92.000 in externen Call-Centern Beschäftigten vereinbaren zu können.“ Das erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der DPVKOM Karlheinz Vernet Kosik im Vorfeld der Fachmesse Call Center World, die vom 26. bis 28. Februar 2013 in Berlin stattfand.**

„Die Call-Center-Agenten sind nämlich nicht mehr bereit, für Niedriglöhne qualitativ hochwertige und anspruchsvolle Arbeit zu leisten“, sagte er und appellierte in diesem Zusammenhang nochmals an den Call Center Verband (CCV), seiner Ankündigung zur Gründung eines solchen Arbeitgeberzusammenschlusses vom November 2011 nun endlich Taten folgen zu lassen. Vernet Kosik weiter: „Es ist ein Armutszeugnis für die Unternehmen der Branche, dass sie in dieser Frage noch keinen Schritt weitergekommen sind. Sie hoffen offensichtlich darauf, dass die Politik irgendwann branchenspezifische Lohnuntergrenzen festlegt. Die

Beschäftigten können und wollen jedoch nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag warten.“ Die Leidtragenden dieses Stillstandes seien nämlich die in der Branche arbeitenden Menschen. Nach aktuellen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes sind rund 70 Prozent der Call-Center-Mitarbeiter so genannte Niedriglöhner. Nach wie vor werden Vollzeitbeschäftigte mit Stundenlöhnen von 5,75 Euro oder 6,45 Euro abgespeist und müssen Hartz-IV-Leistungen beantragen. Die DPVKOM fordert eine Lohnuntergrenze von 9,50 Euro.

(10/08/13)

## **DPoIG: Luftsicherheit gehört in staatliche Hand**

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert, die Sicherheit an Flughäfen wieder in staatliche Hand zu geben. Dazu gehören unter anderem die Personen- und Gepäckkontrollen, die derzeit von privaten Sicherheitsfirmen vorgenommen werden. „Wohin es führen kann, wenn unterbezahlte Beschäftigte mit unzumutbaren Arbeitszeiten die Kontrollen an Flughäfen durchführen müssen, sehen wir zu Recht an der derzeitigen Streikwelle an bundesdeutschen Flughäfen“, sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 21. Februar 2013.**

„Im sensiblen Bereich der Luftsicherheit darf es keinen Kostendruck der privaten Marktwirtschaft geben“, so Wendt. Deshalb fordere die DPoIG, dass die Sicherheitskontrollen von staatseigenen Kräften durchgeführt werden. Wendt: „Dafür kann entweder ein staatseige-

ner Betrieb gegründet werden oder Beschäftigte, die dem öffentlichen Dienst angehören, nehmen künftig die Aufgabe wahr. Entscheidend sind Mindeststandards bei der Qualität der Arbeit und soziale Standards für die Beschäftigten.“

(11/08/13)

## **VBE: Gute Schule braucht Kooperation über Ländergrenzen hinweg**

**(dbb) Am Rande des trinationalen Treffens des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) mit den Partnergewerkschaften in Österreich und der Schweiz erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann am 26. Februar 2013: „Wir begrüßen die Weiterführung der staatlichen Kooperation zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz im Bildungsbereich. Der Austausch über Ländergrenzen hinweg öffnet den Blick auf Entwicklungen und Erfahrungen unserer deutschsprachigen Nachbarn und vermittelt wichtige Impulse für bildungspolitisches Handeln.“**

Beckmann weiter: „Der VBE arbeitet seit 2007 eng mit den Kolleginnen und Kollegen in Österreich und der Schweiz zusammen. Schon 2008 haben die Gewerkschaft öffentlicher

Dienst Lehrer (GÖD), der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) und der VBE in der Wiener Erklärung die Gefahren des Lehrermangels offengelegt und 2010 in

der Zürcher Erklärung gewarnt, dass die Politik das Problem der Verschlechterung der schulischen Rahmenbedingungen wegrechnet. Das hat den Druck auf die nationalen Behörden deutlich verstärkt.“ Die internationale Zusammenarbeit der Partnergewerkschaften zeige sich auch am Erfolg des Deutschen Schulleiter-

kongresses, so Beckmann. Wie schon 2012 zur Premiere des DSLK würden auch am DSLK 2013 in Düsseldorf wieder Kolleginnen und Kollegen aus Österreich und der Schweiz erwartet.

(12/08/13)

## Meidinger: Sitzenbleiben für viele Schüler eine Chance auf Abschluss

**(dbb) „Ich bin kein Fan des Sitzenbleibens. Mich freut jeder Schüler, der das Klassenziel erreicht, aber es ist eben für viele Schüler durchaus eine Chance, den angestrebten Abschluss doch noch zu erreichen.“ Diese Auffassung vertritt der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger. „Und warum soll man eine Chance abschaffen? Das sehe ich nicht ein“, sagte Meidinger am 22. Februar 2013 im Deutschlandradio Kultur.**

Er verwies auf eine Studie aus dem Jahr 2004 vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, für die 2.500 Schülerinnen und Schüler in ihren „Schülerkarrieren“ verfolgt worden waren. Danach hatte für etwa ein Drittel dieser Schüler das Sitzenbleiben die Chance um 50 Prozent erhöht, den angestrebten Abschluss zu erreichen. Meidinger: „Und das ist ja genau der Punkt: Was nützt mir das Aufheben des Sitzenbleibens, wenn dann bei den Abschlussprüfungen die Versagerquote steigt?“

Laut Meidinger gibt es drei Gruppen von Sitzenbleibern: Eine Gruppe würde von individueller Förderung profitieren. Eine Gruppe sei an der jeweiligen Schule überfordert. Und eine Gruppe brauche im Endeffekt ein Wiederholungsjahr. Diese Gruppen dürfe man nicht über einen Kamm scheren. Er erlebe auch, dass sich vor allem Jungen, wenn im Halbjahreszeugnis ein Gefährdungsvermerk steht, „auf den Hosboden setzen und sagen, okay, jetzt muss ich aber was tun“.

(13/08/13)

## VDR warnt vor Aufweichung der Qualität von Bildungsabschlüssen

**(dbb) Vor der Aufweichung der Qualität von Bildungsabschlüssen hat der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, zum Auftakt der Bildungsmesse didacta am 19. Februar 2013 in Köln gewarnt. Die Messe stand unter dem Motto „Bildung ist Zukunft!“**

„Der Vielfalt der Talente unserer Kinder tragen in Deutschland vielfältige, differenzierte Bildungsangebote Rechnung. Das Ziel einer zukunftsfähigen Bildung muss es sein, die Heranwachsenden zu befähigen, ihren eigenen Weg zu gehen und Erfolg und Zufriedenheit im Berufsleben zu finden. Sozialer Aufstieg durch Bildung gelingt nur mit eigener Anstrengung, klaren Zielen und vielfältigen Anschluss- und Übergangsmöglichkeiten“, sagte Böhm.

Chancengerechtigkeit sei vor allem dann gegeben, wenn die Jugendlichen - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft - die sich ihnen bietenden Bildungschancen ergreifen und sich

auf die Qualität ihrer erreichten Schulabschlüsse verlassen können. „Qualität statt Quote ist also der Maßstab“, so Böhm. „Deshalb helfen uns Sonntagsreden, leistungsfeindliche Gleichheitsphantasien und geschönte Abschlussquoten nicht weiter. Es müssen an den Schulen die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Bildung so gestaltet werden, dass Ressourcen und Freiräume für wirkliche Differenzierungen und individuelle Förderung entstehen, kein Unterricht ausfällt und der Unterricht Bezüge zum realen Leben der Kinder und Jugendlichen herstellt.“

(14/08/13)



## **Namen und Nachrichten**

(dbb) Die Ausbildung von Fahranfängern in Deutschland muss verbessert werden. Das hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Kirsten Lühmann** gefordert. „National müssten wir uns viel stärker gerade um diese besonders gefährdete Gruppe kümmern“, sagte Lühmann am 19. Februar 2013 auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin, wo sie das Forum „Polizeiliche Verkehrssicherheit in Europa – Verkehrsunfallprävention, Verkehrsüberwachung und Technik“ moderierte. „Leider sind wir hier in den letzten Jahren nicht vorangekommen“, kritisierte die dbb Vize, die auch Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestages ist. Junge Fahrer haben ein überproportional hohes Unfallrisiko: Die 18- bis 24-Jährigen sind fast bei jedem vierten Pkw-Unfall mit Personenschaden Hauptverursacher. Lühmann plädierte dafür, die guten Erfahrungen des begleiteten Fahrens mit 17 zu nutzen und die Fahrausbildung in mehrere Phasen aufzuteilen. „Es kann doch nicht sein, dass wir junge Menschen nach einigen Wochen der Ausbildung in den Straßenverkehr entlassen und uns dann nicht mehr um sie kümmern“, so die ehemalige Polizistin.

Am 21. Februar 2013 haben sich auf Einladung des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) in Berlin erstmalig die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Justiz (AG Justiz) getroffen und über die künftige Zusammenarbeit der beteilig-

ten Gewerkschaften und mit dem dbb sowie über aktuelle justizpolitische Themen diskutiert. „Die AG Justiz möchte sich mit eigenen Positionspapieren zu möglichen Zuständigkeitsveränderungen innerhalb der Justiz aktiv beteiligen und die Zukunft der Justiz gemeinsam gestalten“, so der Vorsitzende des VRB **Thomas Kappl**. Der AG Justiz sind die Bundesfachgewerkschaften der Justiz im dbb, die Deutsche Justizgewerkschaft (DJG), der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), der Deutsche Gerichtsvollzieherbund (DGVB), der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), der Deutsche Anwaltsverein (DAAV) sowie die Bundesbeamtengewerkschaft der Justiz im dbb, der Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB), beigetreten. Im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Justiz werden die Zuständigkeitsregelungen zwischen Rechtspflegern, Gerichtsvollziehern und mittlerem Justizdienst ein zentrales Thema darstellen, so die AG. Die Justizgewerkschaften werden hierzu Positionspapiere erarbeiten, auf deren Grundlage dem Bundesministerium der Justiz zu Beginn der nächsten Legislaturperiode ein gemeinsamer Vorschlag über die künftige Aufgabenverteilung vorgelegt wird.

(15/08/13)